Die Wahlen in der Schweiz und die Katastrophe in Japan : gibt es den Fukushima-Effekt?

Autor(en): **Eckert, Heinz**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **38 (2011)**

Heft 3

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-909598

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Gibt es den Fukushima-Effekt?

Nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl vor 25 Jahren feierten die Grünen einen grossen Erfolg bei den Eidgenössischen Wahlen. Ob die Katastrophe in Fukushima nun auch die Wahlen im Oktober beeinflussen wird, ist fraglich: Das politische Umfeld hat sich seit Tschernobyl verändert. Von Heinz Eckert

Vor der Atomkatastrophe in der japanischen Stadt Fukushima sahen sämtliche Voraussagen die Schweizerische Volkspartei (SVP) als Siegerin der eidgenössischen Wahlen vom 23. Oktober dieses Jahres. Mit ihren Themen trieben die Mitstreiter von Christoph Blocher die anderen Parteien vor sich her. Die Diskussionen drehten sich vor allem um Flüchtlinge aus Nordafrika, Zuwanderer aus Osteuropa, das Verhältnis zur Europäischen Union, sprich zunehmender Zwang zur Anpassung, sowie die Konkordanz im Bundesrat. Ob sich die politischen Schwerpunkte durch das Unglück in Japan ändern, ist noch ungewiss. Die Sozialdemokraten, die Grünen und die noch junge Partei der Grünliberalen haben nach dem Vorfall einen gewaltigen medialen Auftrieb erhalten und ihre bereits bekannten Positionen gegenüber den AKWs herausstreichen können. Das führte vor allem zu einer grossen Beteiligung an den traditionellen Ostermärschen gegen die Atomkraft.

Leuthard von ihrer Partei gebremst

Auch CVP-Bundesrätin Doris Leuthard hat als Schweizer Energieministerin rasch reagiert und gefordert, dass die Bewilligungsverfahren für neue Kernkraftwerke in der Schweiz sofort sistiert werden. Wenig später hat sie diese Forderung allerdings wieder relativiert, denn ihre Partei ist sich in dieser Frage völlig uneinig – ebenso die FDP. In beiden bürgerlichen Parteien verkünden Spitzenvertreter unterschiedliche Meinungen zur Atomenergie: Während Bundesrat Johann Schneider-Ammann nach längerem Nachdenken für einen Verzicht auf die Atomenergie plädiert, vertritt Georg Bührer als Präsident des Wirtschaftsdachverbandes Economiesuisse genau die gegenteilige Position. Und FDP-Präsident Fulvio Pelli schafft es, auch diesen parteiinternen Zwist als Pluspunkt für seine Partei darzustellen: Die Divergenz beweise, dass die FDP unabhängig vom Dachverband der Schweizer Wirtschaft politisiere. Nicht mehr, aber auch nicht weniger, sagt er.

Warten, dass die Erregung sich legt

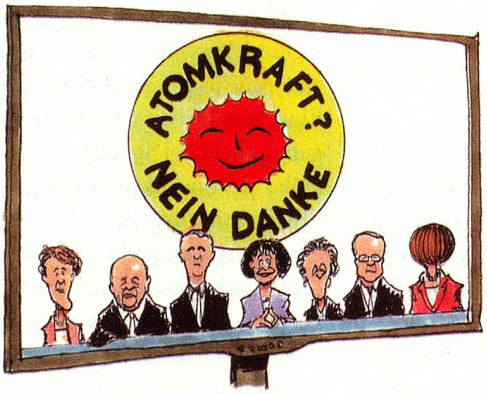
Fast gar nichts ist zu dieser Frage von der SVP zu vernehmen, die ansonsten kein wichtiges Thema auslässt. Sie überlässt es den Konkurrenten, sich in dieser heiklen Frage zu exponieren, wohl in der Hoffnung, dass sich die Erregung bis zum Herbst legt und dann die Aufmerksamkeit der Schweizerinnen und Schweizer wieder auf andere Themen gelenkt werden kann. Die Grünen haben erwiesenermassen mehrmals bei Wahlen von gerade aktuellen Umweltthemen profitiert: 1987 von der Tschernobyl-Katastrophe, 2003 vom Hitzesommer, der die Umweltanliegen in den Vordergrund rückte, und 2007 vom Klima-Film von Al Gore, der weltweit einen Umwelt-Hype entfacht hatte. Er hat den Grünen in der Schweiz mit 9,6 Prozent bisher grössten Wähleranteil verholfen.

Ob es einen Fukushima-Effekt gibt und wenn ja, ob dieser bis zum 23. Oktober, dem Wahltag, anhält, ist nicht klar. Obwohl in den Kantonen Basel-Landschaft und Zürich Ende März und Anfang April die Grünen und die Grünliberalen als Gewinner aus den Wahlen hervorgegangen sind, glauben Experten nicht, dass die Ereignisse in Japan die beiden Wahlen entscheidend beeinflusst haben. «Wenn das aktuelle Thema so stark interessiert hätte, wäre die Wahlbeteiligung höher gewesen», sagt etwa Lukas Golder vom Berner Forschungsinstitut GfS. Gegen einen Fukushima-Effekt spreche auch, dass das rot-grüne Lager insgesamt nicht zugelegt habe. Dass es in Deutschland bei den Wahlen in Baden-Württemberg anders war und der Fukushima-Effekt dort gespielt hat, erklärt Golder damit, dass «in Deutschland die Bürgerinnen und Bürger den Protest nur über Wahlen ausdrücken können».

Gleich argumentiert der Zürcher Politgeograf Michael Hermann: Es gebe einen klaren Unterschied zwischen sachpolitischen Abstimmungen und Wahlen: «Ein neues Atomkraftwerk hat es nun beim Stimmvolk sicher sehr viel schwerer, akzeptiert zu werden, als vor Fukushima», sagt er und prognostiziert: «Ein allfälliger Fukushima-Effekt wird sich bis zum Wahlherbst noch weiter abschwächen.» Die Atomfrage werde in der Schweiz bei einer Sachabstimmung entschieden werden und nicht bei Wahlen. Hierzulande komme es nur selten vor, dass die Stimmbürger bei Wahlen ein Zeichen für eine bestimmte Richtung setzen oder Politiker bestrafen wollten, wie dies beispielsweise in Deutschland immer wieder der Fall sei.

Noch lange kein Ausstieg

Sicher ist, die Ereignisse in Japan beeinflussen die künftige Schweizer Energiepolitik. So wie das Unglück in Tschernobyl 1987 das endgültige Aus für das geplante Atomkraftwerk in Kaiseraugst bedeutete, wird Fukushima den Gegnern der Atomkraft Auftrieb geben und die alternative Energieproduktion fördern helfen. Allerdings haben potente Wirtschaftskreise bereits ihren Widerstand gegen einen Ausstieg aus der Atomkraft angekündigt. Und da der Stromverbrauch in der Schweiz stetig steigt und 40 Prozent der Elektrizität aus Atomkraftwerken stammen, wird es wohl noch lange dauern und viel kosten, bis dieser Ausstieg Wirklichkeit werden kann.



SCHWEIZER REVUE Juni 2011 / Nr. 3
Illustration: SCHAAD / Aus dem Tagesanzeiger, Zürich